

Die Teilnehmer der Beratung unterstrichen die große internationale Bedeutung des Abschlusses des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD und der Paraphierung des Vertrages zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD. Die Anerkennung der bestehenden Lage in Europa, die sich im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung herausgebildet hat, und der Unantastbarkeit der gegenwärtigen Grenzen der europäischen Staaten sowie die Einhaltung des Prinzips, Streitigkeiten ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu lösen, ohne Gewalt anzuwenden oder anzudrohen - all das ist von eminenter Bedeutung für das Schicksal des Friedens in Europa, für die friedliche Zukunft der europäischen Völker. Das Inkrafttreten dieser Verträge wird den lebenswichtigen Interessen aller Staaten und Völker entsprechen.

Die Teilnehmer der Beratung erklärten sich einmütig mit der Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik solidarisch. Die gesamte Entwicklung in Europa zeugt davon, daß es unmöglich ist, ohne die Teilnahme der DDR das Gebäude eines dauerhaften Friedens in diesem Raum zu errichten. Die Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und anderen Staaten, die solche Beziehungen bisher hergestellt haben, darunter auch die Herstellung von Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf der Grundlage der allgemeingültigen Normen des Völkerrechts, die Aufnahme der DDR als gleichberechtigtes Mitglied in die Organisation der Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen sind lebensnotwendige Forderungen der Zeit und wären ein gewichtiger Beitrag zur europäischen und internationalen Sicherheit.

Die auf der Beratung vertretenen Staaten unterstützen voll und ganz die berechnete Forderung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, daß die BRD die Ungültigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an mit allen sich daraus ergebenden Folgen anerkennt. Die eindeutige und endgültige Distanzierung der BRD von diesem Diktat, das die räuberische Politik Hitlers verkörperte, würde die Gesundung der Lage in Europa und die Entwicklung der Beziehungen der BRD zu den sozialistischen Ländern fördern.

Auf der Beratung wurde hervorgehoben, daß sich Voraussetzungen für die Regelung anderer in Europa stehender Probleme herausbilden. In diesem Zusammenhang wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen über Westberlin mit der Erzielung einer gegenseitig akzeptablen Vereinbarung abgeschlossen wer-